

ALLGEMEINES

Unter den Gasgranaten der Schlagworte gibt es eine von gelegentlicher Wirkung, die vom Primat der Außenpolitik, während von dem überwiegenden und oft weit verderblicheren Einfluß der Innenpolitik auf die äußere viel weniger gesprochen und weit mehr unter ihrem Druck gehandelt wird. Die Wechselwirkungen zwischen beiden liegen klar; die Innenpolitik hat erst den festen Staat selbst zu schaffen und zu erhalten, dessen Macht nach außen vertreten und im Interesse des Staates zur Anwendung gebracht werden soll. Zeitlich gebührt daher der Innenpolitik der Vorrang; sachlich ist eine kraftvolle und erfolgreiche Außenpolitik die Folge und die Krone einer innerpolitischen Stärke. Die Innenpolitik schafft durch Hebung des Wohlstandes und der Leistungsfähigkeit eines gesunden, zufriedenen und einheitlich national gesinnten Volkes die Voraussetzung dafür, daß die Außenpolitik die im Inneren gewonnenen Kräfte in den Wechselbeziehungen der Nationen zum Vorteil des Staates zur Geltung bringt. Ideal gedacht könnte es bei gleichem Ursprung und gleichem Ziel keine Gegensätze bei der Tätigkeit auf den verschiedenen Feldern der Politik geben, und doch sind solche anscheinend unvermeidlich. Sehen wir von kleineren, auf menschlichem und persönlichem Gebiet

liegenden Quellen und Unstimmigkeiten ganz ab, so finden wir, daß der Gefahrenpunkt in einer verschiedenen Auffassung des Begriffs des Nationalstaates liegt. Wirtschaftliche Bindungen, die Gleichheit oder Ähnlichkeit sozialer Interessen, Übereinstimmung in Ansichten und Wünschen bei politischer Gestaltung und Machtverteilung führen zu einer horizontalen, internationalen Auffassung eines überstaatlichen Gebildes im Gegensatz zu dem vertikal aufgebauten Nationalstaat. Aus der ersten Auffassung ergeben sich naturgemäß andere Folgen für die Führung der Außenpolitik als aus der rein nationalen. Innerpolitische und weltanschauliche Gegensätze ringen nicht nur im Innern, sondern auch im Äußeren um die Führung. Man kann nicht mit Sicherheit behaupten oder hoffen, daß ein absolutistisch oder ein kommunistisch regiertes Reich eine in den Formen vielleicht sehr verschiedene, aber im Wesen gleiche, unbedingt deutsche Politik führen würde. Beide würden sich nach gleichgesinnten Bundesgenossen in der Welt umsehen, um den Kampf der Parteigrundsätze und Weltanschauungen gegeneinander zu führen, während doch dem deutschen Rechtsradikalen der deutsche Kommunist weit näherstehen müßte als der italienische Faschist, dem deutschen Kommunisten umgekehrt der deutsche Kapitalist näher als der Sowjetgenosse. Solange wir diese nationale Denkungsweise und Geschlossenheit, bei aller Berechtigung und

Freiheit des Kampfes innerer Gegensätze, nicht haben, ist eine erfolgreiche Außenpolitik nicht zu führen. Wir haben absichtlich starke Gegensätze gegeneinander gestellt, um das Ziel einer gesunden Zukunftsentwicklung dadurch klarer zu machen; daß noch zahlreiche andere Bindungen laufen, kann niemand bestreiten. Sie sind alle nicht aus der Welt zu schaffen und haben, da sie einmal da sind, auch ihre logische und natürliche Berechtigung; es kommt nur auf das Maß ihres Einflusses auf die staatliche Entwicklung im Inneren und besonders nach außen an. Es wäre ganz abwegig, auf allen Gebieten, wirtschaftlichen, wissenschaftlichen, künstlerischen, eine Internationalität verurteilen und bekämpfen, ja auch nur ihre Vorteile verkennen zu wollen. Je mehr im heutigen Europa und auch in der übrigen Welt der Internationalismus in vielen Schichten, auf vielen Gebieten zunimmt, um so notwendiger ist es, sich in dieser Bewegung national zu behaupten. Dem Beobachter kann es nicht entgehen, daß sich in der Welt in vollem Gegensatz zu den internationalen Bestrebungen, die freilich viel mehr von sich reden machen, ein starker Nationalismus entwickelt, der oft ganz neue Züge trägt. Er ist oft aus anderen, rein politischen und egoistischen Gründen entstanden, stellt sich aber doch als eine vielfach unbewußte, in sich aber gesunde Reaktion gegen Übertreibungen des Internationalismus dar. Der Gegensatz dieser beiden Strömungen

sollte dem Staatsmann zu denken geben. Dort, wo die nationale im Inneren erstarkt, wird die Außenpolitik ihr, ob sie will oder nicht, Rechnung tragen müssen; denn ein scharfer Gegensatz könnte ihr gefährlich werden. Eine kluge Diplomatie wird aus der nationalen Strömung Vorteil und Kraft ziehen können. Bewegungen, die aus dem Inneren des Volkes kommen, muß die Staatsleitung rechtzeitig erkennen und zu lenken suchen; gelingt ihr das nicht, so liegt die Gefahr vor, daß die Bewegung in ein radikales Fahrwasser gelangt und versucht, die Regierung des Staates an sich zu reißen, die sie doch nicht führen kann. Es wäre gefährlich, solche Beeinflussung nur innerpolitisch zu versuchen und daneben eine Außenpolitik unberührt von solchen Vorgängen führen zu wollen. Sie kann mehr als alle zur Entwicklung gesunden Nationalgefühls beitragen; das hat uns Bismarck gezeigt, und im Hinblick auf ihn könnte man sich das Wort vom Primat der Außenpolitik eine Weile wohl gefallen lassen.

Der Weg zu Paneuropa scheint gegenüber der heute herrschenden Stimmung, vor allem aber bei der augenblicklichen Kräfteverteilung, noch weit; man wird sich bei nüchterner Betrachtung unter diesem Gebilde nicht mehr als einen Zweckverband zur Ausnutzung einer günstigen Konstellation auf kurze Sicht vorstellen können. Es liegt in ihm die Gefahr, daß der wirtschaftlich Starke durch den politisch Stärkeren unterdrückt wird;

denn in diesem Konzern regiert wie in jedem die Macht. So wird solches Bündnis dem Schwächeren immer gefährlich sein, und er kann und wird leicht, da solche Vereinigungen bei aller friedlichen Umkleidung doch stets einen Gegner voraussetzen, gegen den man sich zusammenschließen soll, in eine falsche, seinen nationalen Interessen abträgliche Front gedrängt. Vorübergehende und einseitige Vorteile können solche Bindungen haben; doch bei aller Wichtigkeit der Wirtschafts- und Tagesfragen darf eine Außenpolitik doch die in der Ferne liegenden Folgen ihrer Maßnahmen nicht aus dem Auge verlieren, soweit sie sich dem politischen Schwerezeug entschleiern. Ein Pan-europa hat wie ähnliche Organisationen doch den Sinn und die Voraussetzung der Erhaltung der augenblicklichen Lage, liegt also im Interesse derjenigen, die dieses Europa und die Welt von heute für die politisch erreichbar besten halten; aber der Staat, der solche Fesseln freiwillig übernimmt, sollte vorher überlegen, ob er damit nicht nationale Hoffnungen begräbt oder wenigstens sich den Weg zu ihrer Erfüllung erschwert. Fehler im politischen Leben sind ebenso leicht gemacht wie schwer verbessert. Gewiß werden Verträge, Bündnisse, Pakte, Konzerne nicht für die Ewigkeit geschlossen, und die Einschränkung des *rebus sic stantibus* ist bei allen selbstverständliche Geheimklausel; aber eine Lösung solcher Ehen, auch wenn sie im guten erfolgt —

und meist erfolgt sie im bösen —, birgt stets ihre Gefahren in sich, geringere vielleicht als die Fortsetzung solcher Einigung über den für einen Partner günstigen Zeitpunkt hinaus, wofür die jüngste Geschichte einige lehrreiche Beispiele aufweist.